Beschluss des Landrats vom 27.02.2025

Nr. 1033

18. Fragestunde der Landratssitzung vom 27. Februar 2025
2025/35; Protokoll: pw

1. Nadim Ismail: Migros Online Verteilbetrieb Pratteln

Nadim Ismail (SP) sagt, die Arbeitszeiten seien gesetzlich geregelt und deren Einhaltung zentral für den Gesundheitsschutz und die Arbeitssicherheit. Zusatzfrage: *Wäre es hier sinnvoll nicht nur auf die Unternehmen zuzugehen, sondern auch auf die Arbeitnehmendenvertretung (Unia), um abzuklären, ob es konkrete Anhaltspunkte für strafbare Handlungen gibt?*

Antwort: Regierungsrat **Thomi Jourdan** (EVP) kann die Frage nicht aus dem Stegreif beantworten und wird die Antwort schriftlich nachreichen. *[siehe Nachtrag]*

2. Nadim Ismail: Resultate zu PFAS Belastung in Eiern

Nadim Ismail (SP) stellt fest, dass das Nicht-Veröffentlichen der Resultate der einzelnen Untersuchungen in etwa so sei, als würde man bei einer WM nur den Medaillenspiegel anschauen. Zusatzfrage: *Werden die Resultate der Untersuchungen bewusst nicht veröffentlicht, damit die Bevölkerung im Unklaren bleibt?*

Antwort: Regierungsrat **Thomi Jourdan** (EVP) erklärt, dass das in der Antwort beschriebene Vorgehen Standard sei. Die summarischen Ergebnisse werden herausgegeben. Dies wurde auch im vorliegenden Fall beim Start der Messreihe mit dem Bundesamt und dem Verband der Kantonslaboratorien so abgemacht. Selbstverständlich werden aber einzelfallbezogene Massnahmen ergriffen. Die Berichterstattung wird jedoch summarisch stattfinden.

Peter Riebli (SVP) sagt, dass kürzlich den Medien habe entnommen werden können, dass es Probleme mit dem Eiernachschub gebe und deshalb Eier aus dem Ausland importiert werden müssten. Zusatzfrage: *Ist sichergestellt, dass bei diesen Eiern die genau gleichen Kontrollen stattfinden wie bei Schweizer Eiern?*

Antwort: Regierungsrat **Thomi Jourdan** (EVP) wird die Antwort dazu nachliefern, wer welche Kontrollen macht. *[siehe Nachtrag]*

3. Miriam Locher: Abgeltung der praktischen Ausbildungskosten Physiotherapie

Jan Kirchmayr (SP) spricht im Namen der abwesenden Fragestellerin. Zusatzfrage: *Wie kann aus Sicht des Regierungsrats ein Anreiz geschaffen werden, dass die ohnehin bereits belasteten Physiotherapie-Praxen weiterhin oder zusätzlich Studierende aufnehmen?*

Nadim Ismail (SP) verweist auf die Aussage in der Antwort, dass die Aufnahme eines weiteren Lehrgangs die Verabschiedung der jetzigen Vorlage sowohl aus finanziellen als auch operativen Gründen gefährden könnte. Zusatzfrage: *Aufgrund welcher Parameter kommt die zuständig Direktion zur Aussage, dass das Gesetz gefährdet sein könnte, wenn nun eine Abgeltung für Praktikumsplätze von angehenden Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten angestrebt wird?*

Antwort: Regierungsrat **Thomi Jourdan** (EVP) erklärt zur Frage von Jan Kirchmayr, dass es die Grundüberzeugung des Regierungsrats sei, dass es nicht dessen Aufgabe ist, einzelne Berufsgruppen zu unterstützen, sondern dass in solchen Situationen die Verbände gefordert sind. Eine

grosse Ausnahme ist die Pflegeinitiative, wozu es eine Volksinitiative gab. Hier hat der Kanton Basel-Landschaft gemeinsam mit dem Kanton Basel-Stadt die erste Etappe aufgegleist und bezüglich der zweite Etappe werden die bundesrechtlichen Rahmenbedingungen abgewartet. Dies soll aber klar auf die Pflege begrenzt bleiben. Mit der Ausweitung auf weitere Berufsgruppen würde wohl ein endloses Fass geöffnet. Es ist bekannt, dass es zunehmend nicht nur einen Fachkräftemangel, sondern auch einen Arbeitskräftemangel gibt. Dafür braucht es innovative und zielführende Lösungen. Es ist kein zielführendes Vorgehen, wenn der Kanton für immer mehr Berufsgruppe ein Anreizsystem einführt.
Beim zitierten Satz ging es dem Regierungsrat um die Überzeugung, dass man sich auf den Verfassungsauftrag beschränken, also die Pflege fördern und nicht durch weitere Berufsgruppen allenfalls die Umsetzung der ersten Etappe der Pflegeinitiative gefährden sollte. Stand heute sind deshalb keine weiteren Massnahmen auf Kantonsebene geplant.

4. Miriam Locher: Präventionsprojekt zum Schutz vor sexualisierter und häuslicher Gewalt für Schulkinder

Keine Zusatzfragen.

5. Robert Vogt: Änderung im Abrechnungsverfahren AHV+ (inkl. UVG-Abzug) ab 1. Januar 2025

Keine Zusatzfragen.

6. Christine Frey: A 2 Erhaltungsprojekt Hagnau-Augst

Keine Zusatzfragen.

7. Andrea Heger-Weber: Gemeinde-Initiative rund um die Finanzierung der Uni Basel

Andrea Heger (EVP) dankt für die Antworten. Die Antworten eins und zwei seien sehr ausführlich, mit der knapp gehaltenen Antwort drei sei sie aber nicht ganz zufrieden. Sie kann verstehen, dass die Gewaltenteilung eingehalten werden soll, dennoch ist es hilfreich, sich bei vollem Wissen entscheiden zu können. Mit der Antwort wird jedoch nicht viel Wissen vermittelt. Wie der Antwort zu entnehmen ist, decken die IUV-Beträge nicht die Vollkosten. Gleichzeitig studieren Baselbieterinnen und Baselbieter auch an anderen Hochschulen. Zusatzfrage: *Wie viele Kosten würden durch die Initiative entstehen?*

Fredy Dinkel (Grüne) schliesst an das Votum von Andrea Heger an. Viele Baselbieter Studierende besuchen die Universität Basel. Für diese muss verhältnisweise mehr bezahlt werden. Gleichzeitig gehen auch viele Studierende an andere Hochschulen. Zusatzfrage: *Wie ist das Verhältnis?*

Tobias Beck (EVP) stellt folgende Zusatzfrage: *Wie schätzt der Regierungsrat die Chance ein, dass bei einer erfolgreichen Umsetzung der Initiativanliegen die Gemeinden finanziell entlastet oder zumindest nicht weiter belastet werden?*

Antwort: Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) antwortet, die Vollkosten der anderen Universitäten seien nicht bekannt. Zur Beantwortung der Fragen müssten umfassende Abklärungen mit den anderen Universitäten getroffen werden, wie sie ihre Vollkosten ausweisen, wie hoch ihr Restdefizit ist und in welchem Umfang man sich beteiligen müsste.
Im Studienjahr 2023/2024 besuchten rund 15 % der Baselbieter Studierenden eine andere Universität als die Universität Basel. Rund 85 % studieren somit an der Universität Basel.
Zwischen der allfälligen Initiative, der Universitätsfinanzierung und einer allfälligen Entlastung der

Gemeinden besteht kein Zusammenhang. Die Zuteilung der kantonalen finanziellen Mittel erfolgt im Rahmen des Aufgaben- und Finanzplans (AFP). Im AFP 2025–2028 sind Entlastungsmassnahmen von rund CHF 390 Mio. eingestellt, damit der mittelfristige Ausgleich erreicht und so die Schuldenbremse eingehalten werden konnte. Müssten weniger Mittel an die Universität Basel gezahlt werden, dann hätte der Kanton auch anderweitig viel Nachholbedarf. Der Zusammenhang, dass weniger Ausgaben für die Universität Basel den Gemeinden zugutekommen würden, ist somit sehr weit hergeholt.

Markus Graf (SVP) stellt folgende Zusatzfrage: *Was hält der Regierungsrat von der Auffassung gewisser Gemeinden, die Initiative nicht an der Gemeindeversammlung traktandieren zu lassen?*

Antwort: Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) erklärt, eine Gemeindeinitiative müsse der Gemeindeversammlung oder dem Einwohnerrat zum Beschluss vorgelegt werden. Eine solche Initiative löst jeweils Kosten für die Gemeinde aus, da ein Abstimmungskampf zu führen ist. Ein Gemeinderat kann selbstverständlich auch beschliessen, eine Gemeindeinitiative nicht zu unterstützen. In diesem Fall muss er die Initiative auch nicht der Gemeindeversammlung oder dem Einwohnerrat vorlegen.

://: Alle Fragen sind beantwortet.